## **ANTRAG**

Antragsteller\*in: Sebastian Werkl

Tagesordnungspunkt: 12.3 Weitere Anträge

## A6: Liberalisierung von Verwaltungsstrafen - Ersatzfreiheitsstrafen abschaffen!

## **Antragstext**

- Wir JUNOS Junge liberale NEOS sind der Überzeugung, dass eine Haftstrafe
- immer die Ultima Ratio sein muss, die Strafmaßnahme, wenn alle anderen
- 3 Strafmaßnahmen nicht gewirkt haben. Deshalb setzen wir uns für eine
- 4 Abschaffung des §16 VStG ein, in welchem Ersatzfreiheitsstrafen beschrieben
- werden. Während es im Strafrecht und auch im Finanzstrafrecht bereits möglich
- ist, eine Ersatzfreiheitsstrafe durch gemeinnützige Arbeit zu umgehen, gibt es
- diese Option im Verwaltungsstrafrecht noch nicht.
- Einerseits stellen die Ersatzfreiheitsstrafen eine Diskriminierung finanziell
- schwacher Bevölkerungsteile dar, weil eine Ersatzfreiheitsstrafe nicht ohne
- Grund als Ersatz der Geldstrafe herangezogen werden kann. Eine
- Ersatzfreiheitsstrafe ist nur im Falle der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe
- anzutreten. Erst wenn die Einbringungsmaßnahmen (Exekution) erfolglos waren,
- kommt es zu einer Ersatzfreiheitsstrafe. Davon waren im Jahr 2022 immerhin 5243
- Menschen betroffen.
- 15 Andererseits sind Ersatzfreiheitsstrafen auch für den Staat teuer. Ein
- Häftling im Justizvollzug kostete Österreich in den Jahren 2019-2021 zwischen
- 144 und 151 Euro pro Tag. Für Häftlinge, die eine Ersatzfreiheitsstrafe in
- Polizeianhaltezentren verbüßen, wurden insgesamt im Jahr 2017 13,4 Mio. Euro
- <sup>19</sup> ausgegeben.
- Des Weiteren gibt es selbstredend noch andere persönliche Konsequenzen für
- Menschen, die eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen müssen. Selbst bei kurzen
- Haftstrafen gibt es eine latente Gefahr des Jobverlusts und damit
- zusammenhängende weitere soziale Probleme wie etwa Wohnungslosigkeit. Außerdem
- gibt es klarerweise auch ein soziales Stigma von Menschen, die inhaftiert waren.
- Ganz zu schweigen von den Problemen, die Alleinerziehende haben, ihre Kinder

- unterzubringen, wenn sie eine Ersatzfreiheitsstrafe ableisten.
- Dies alles spricht gegen die bis jetzt gängige Praxis der
- Ersatzfreiheitsstrafen im Bereich von Verwaltungsdelikten. Natürlich ist es
- aber auch keine Option, Menschen, die eine Geldbuße nicht bezahlen können,
- straffrei davonkommen zu lassen. Deshalb fordern wir JUNOS Junge liberale
- NEOS, dass an die Stelle von Ersatzfreiheitsstrafen auch im Bereich des
- Verwaltungsstrafrechts gemeinnützige Arbeit tritt. Im Jahr 2017 wurde von der
- damaligen SPÖ-ÖVP Regierung bereits eine derartige Reform vorgelegt. Leider
- ist diese den darauf folgenden Regierungsumbildungen zum Opfer gefallen. Bis
- dato wurde keine neue Gesetzesnovelle erarbeitet. Wir fordern eine Beendigung
- dieses Missstandes im Verwaltungsstrafrecht.